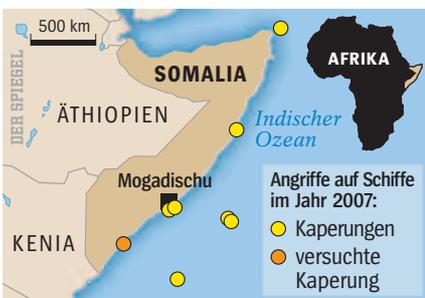


SOMALIA

## Wiederkehr der Piraten

Ein halbes Jahr nach der Entmachtung der Islamisten durch äthiopische Invasionstruppen boomt am Horn von Afrika die Piraterie. Acht Schiffe wurden 2007 in somalischen Gewässern angegriffen, zuletzt eines des Welt-ernährungsprogramms. Weil sich immer mehr Eigner weigern, ihre Schiffe für die riskanten Fahrten nach Somalia zu verchartern, ist nun sogar die Versorgung mehrerer hunderttausend somalischer Flüchtlinge gefährdet. Die U. S. Navy forderte alle Handelsschiffe auf, sich mindestens 200 Seemeilen von der über 3000 Kilometer langen somalischen Küste entfernt zu halten; die Vereinten Nationen sprechen von einer



Piratenboot vor Somalia

„Piratenplage“, die die Versorgung der Flüchtlinge erschwere. Dabei ist Piraterie kein neues Phänomen am Horn von Afrika: Nach Auskunft des International Maritime Bureau in London gehören die somalischen Gewässer seit langem zu den gefährlichsten der Welt. Bewaffnete Banden operieren mit Schnellbooten entlang der Küste, Ende 2005 griffen sie sogar ein Kreuzfahrtschiff an. Ausgerechnet die Islamisten jedoch boten dem Treiben der Seeräuber weitgehend Einhalt: Sie entwaffneten die vielen Clan-Milizen, die durch die Piraterie verdienten. Dass die Äthiopier das Regime der Islamisten beseitigten, kam den Banden nur zupass – sie erhielten ihre früheren Einkommensquellen zurück.



PETAR KUJUNDŽIĆ / REUTERS (L.); IVAN MILUTINOVIĆ / REUTERS (R.)

Hauptangeklagter Milorad Ulemek, Premier Djindjić (2002)

SERBIEN

## „Zurück zu Milošević“

*Srdja Popović, Anwalt der Familie des ermordeten serbischen Premiers Zoran Djindjić, über das vergangenen Mittwoch nach dreieinhalb Jahren Prozessdauer ergangene Urteil*

**SPIEGEL:** Herr Popović, die beiden Hauptangeklagten sind zur Höchststrafe von 40 Jahren Haft verurteilt worden, die weiteren Angeklagten zu Strafen zwischen 8 und 35 Jahren. Sind Sie mit dem Spruch zufrieden?

**Popović:** Dieses Strafmaß hat wegen der ohnehin überzeugenden Beweise niemanden überrascht. Aber ich bin höchst unzufrieden, dass die politischen Hintergründe des Attentats nicht beleuchtet wurden. Nach Djindjićs Ermordung bestand zunächst die Absicht, auch Politiker zu verhören, bei denen der Verdacht der Mittäterschaft bestand.

**SPIEGEL:** Wer verhinderte das?

**Popović:** Vor allem die internationale Gemeinschaft. Sie fürchtete, dass eine solche Ausweitung der Anklage einschließlich eines Verhörs des damaligen Präsidenten Vojislav Koštunica das Land destabilisieren und zu Unruhen führen könnte.

**SPIEGEL:** Zwei Kronzeugen wurden während des Prozesses ermordet; sechs Staatsanwälte beziehungsweise ihre Vertreter sowie ein Richter wurden gefeuert, verhaftet oder traten freiwillig zurück. Kann man da von einem regulären Prozessverlauf sprechen?

**Popović:** Der Druck auf das Gericht war riesig. Die Demokratische Partei Serbiens von Premier Koštunica (DSS) spielte dabei eine zwielichtige Rolle: Sie wollte das Spezialgericht auflösen, sprach von einer Inszenierung und beschuldigte Djindjićs Demokratische Partei (DS), sie sei in das Attentat involviert. Möglicherweise wollte sie damit von den Vorwürfen ablenken, selbst hinter dem Mord zu stehen.

**SPIEGEL:** Gab es Hinweise, dass das Attentat ein Racheakt Miloševićs gewesen sein könnte – wegen dessen Auslieferung an das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal durch Djindjić?

**Popović:** Serbien ist heute sowohl personell wie politisch wieder auf dem Weg zurück in die Ära Milošević. Schon von 2001 an begannen die Putschversuche gegen Djindjić und dessen Regierung. Alles, was er erreicht hatte, sollte mit Hilfe des nie wirklich aufgelösten Apparats von Milošević vernichtet werden.

**SPIEGEL:** Sie haben einen neuen Prozess gefordert, um über die tatsächlichen Attentäter und Auftraggeber zu richten. Wer soll die suchen?

**Popović:** Es gäbe genügend Indizien für eine Ausweitung der Ermittlungen. Dazu muss allerdings der politische Wille in unserem eigenen Land bestehen.



VLADIMIR GOGIĆ / BETAPHOTO

Popović